



Österreich

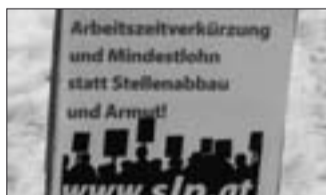


Hierarchie schafft Missbrauch!

Die Berichte über sexuellen Missbrauch von Kindern im Rahmen der katholischen Kirche sind nur die Spitze des Eisberges von vielschichtiger Gewalt gegen Minderjährige. Gewalt gegen Kinder und Jugendliche – psychische, physische und sexuelle – ist kein neues Phänomen. Es geht um Macht.

SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



400.000 Arbeitslose – Hat der ÖGB Lösungen?

Der neue Schwerpunkt des ÖGB beschäftigt sich mit der Verteilung von Reichtum in Krisenzeiten. Aber er geht von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ab und erklärt nicht, wie die Forderungen von www.fairteilen.at umgesetzt werden sollen.

SEITE 3

Schwerpunkt



Türkei: ArbeiterInnenbewegung im Aufbruch

In der Türkei gibt es ein Comeback der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung. Davon hört man bei uns sehr wenig. Tatsächlich könnten viele Kämpfe in der Türkei – wie z.B. die Tekel-Protteste – Vorbild für die Österreichische ArbeiterInnenbewegung sein.

SEITEN 4/5

Internationales



Kämpfen wie in Griechenland

Die Neuigkeiten aus Griechenland überschlagen sich. Auf der einen Seite enorme Staatsschulden und die angeblich notwendigen Sparmaßnahmen. Auf der anderen Seite gibt es massive Proteste. Die ganze EU wackelt...

SEITE 7

Was wir brauchen:

Linke Alternative gegen rechte Hetze

Die Kandidatur von Barbara Rosenkranz löst bei den meisten Menschen in Österreich Ekel und Ablehnung aus. Zu Recht. Rosenkranz steht für jenen Flügel der FPÖ, dessen Trennlinien zum organisierten Neonazismus kaum mehr erkennbar sind.

von Jan Rybak, SLP-Salzburg

Die „Empörung“ der etablierten Parteien ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten. Zur Erinnerung: ÖVP und SPÖ wählten den rechtsextremen Burschenschaftler Graf zum 3. Nationalratspräsidenten. Die Grünen machten ihn zum Vorsitzenden im Bankenuntersuchungsausschuss. Während sich Strache, Rosenkranz und Co. auf Hetze „beschränken“, setzen Faymann und Fekter das FPÖ-Programm um. So sollen MigrantInnen bereits vor ihrer Ankunft in Österreich Deutschkenntnisse vorweisen können. Dass das in vielen Regionen nicht möglich ist bzw. nur für Begüterte, ist der Regierung egal. Es geht auch nicht um Integration, sondern darum, Österreich weiter abzuschotten. Die Forderung von Innenministerin Fekter nach einer dauerhaften Internierung von AsylwerberInnen ist an Menschenverachtung nicht mehr von der FPÖ zu unterscheiden. Rassistische Arbeitsteilung: Strache und Rosenkranz hetzen – SPÖ und ÖVP setzen um. Gemeinsam haben alle Parlamentsparteien große Sprüche gegen „Asylmissbrauch“ auf Lager. Im Jahr 2009 wurden 12.139 neue Asylanträge gestellt. Will man Fekter und Strache Glauben schenken, so wären sie fast ausnahmslos BetrügerInnen, die sich einschleichen um „uns“ nach Leben und Besitz zu trachten. Diskriminierung und Hetze führen nicht zur besseren Integration oder zu einer Lösung der sozialen Probleme. Nicht MigrantInnen sind schuld an Arbeitslosigkeit und zunehmender Verarmung, son-

dern kapitalistische Krise und die Politik der Regierung.

Rosenkranz und Schlägernazis

Nicht ohne Grund tummelt sich die Naziszene bei Rosenkranz' Wahlveranstaltungen. Sie bedient die völkisch-nationalistischen Vorstellungen der übelsten Scheitel- und Schlägernazis. Gruppen wie die NVP rufen auf, sie zu wählen. Gleichzeitig ist die FPÖ-Jugendorganisation in weiten Teilen von Angehörigen der Naziszene durchsetzt. Neue Fotos von FPÖ/RFJ-Mitgliedern mit Hitlergruß und Hakenkreuztätowierungen gehören fast schon zum Alltag. Da verspüren Neonazigruppen Aufwind. Die KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurde zum zweiten Mal mit faschistischen Sprüchen beschriftet und gewalttätige Neonaziübergriffe nehmen zu. Am 8. Mai planen Neonazis in Linz eine Demonstration. In Mauthausen selbst wurde ein SLP-Aktivist von Neonazis attackiert und verletzt.

Was tun!?

Wer glaubt, die FPÖ wäre als Nazipartei „entlarvt“ und das Problem wäre dadurch erledigt, irrt sich. Schon zu Zeiten von Haider's „ordentlicher Beschäftigungspolitik“-Sagern stellte sich heraus, dass es keine Lösung ist, die FPÖ als Nazis zu benennen, um sie aufzuhalten. Die FPÖ profitiert von Arbeitslosigkeit und unsozialer Regierungspolitik. Um die FPÖ zu bekämpfen muss ihr die Grundlage – die soziale Misere – entzogen werden.



Die SPÖ versucht die allgemeine Ablehnung Rosenkranz' für Fischer auszunutzen. Die Aufrufe „unabhängiger“ antirassistischer Initiativen aus dem SPÖ-Umfeld weisen aber nicht den Weg, wie man die Rechte stoppen kann. Auch moralische Appelle und Lichterketten reichen leider nicht. Mit lautstarken und kämpferischen Demonstrationen können die Rechten von der Straße vertrieben werden!

Die beste „Integrationspolitik“ und einzig wirksame Methode im Kampf gegen rechts ist die gemeinsame Mobilisierung von MigrantInnen und ÖsterreicherInnen. Der Kampf für Arbeitsplätze, Bildung und soziale Rechte schließt Menschen unterschiedlicher Herkunft für gemeinsame grundlegende Interessen zusammen. Der ÖGB ist gefragt, aktiv aufzutreten und MigrantInnen gezielt in Bewegungen einzubeziehen. Die Rekordarbeitslosigkeit verlangt eine gewerkschaftliche Offensive für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Die nationalistischen „Grenzen dicht“ Forderungen der FPÖ sichern keine Jobs, sondern spalten in österreichische und „ausländische“ KollegInnen. Gerade auch deshalb ist wichtig, dass die GPA-djp-Jugend (auf Antrag eines SLP-Mit-

gliedes) fordert, dass den „Freiwilligen Arbeitnehmern“ im ÖGB der Fraktionsstatus aberkannt wird.

EinE kämpferischeR GewerkschafterIn oder antirassistische AktivistIn als echte Alternative zu Fischer und Rosenkranz wäre als KandidatIn notwendig gewesen. Die sozialen Probleme der Menschen, die Wut auf die VerursacherInnen der Krise und die Ablehnung von Rosenkranz hätten so ihren Ausdruck gefunden. Dies war bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2002 der Fall, als gegen Chirac und Le Pen zwei sehr linke KandidatInnen 10% erhielten. Die Schwäche der Linken hat dazu geführt, dass das in Österreich nicht möglich war. Das Fehlen einer echten Alternative ermöglicht es Rosenkranz, sich als Präsidentschaftskandidatin darzustellen, die „jenen eine Stimme gibt die selbst keine haben“. Darum ist es notwendig, dass jene „ohne Stimme“ sich zusammenschließen – dann kann das rassistische Grunzen von Rosenkranz, Strache und Co. über-tönt werden. Was wir brauchen ist eine starke linke Kraft die ArbeiterInnen, Angestellte und Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft, zusammenschließt, um für soziale Rechte und gegen Rassismus zu kämpfen.



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Werner und die goldene 13

Am 25. April wird Werner Faymann endlich als Sieger vor die Medien treten. Der SPÖ-Kandidat Fischer wird als Bundespräsident in die Hofburg einziehen. „Wir sind keine Verlierer!“ wird Werner der Partei zurufen. Ein Fall von schon fast pathologischer Selbsttäuschung? Nach zwölf Wahlniederlagen in Folge ändert ein Sieg von Fischer – angesichts keiner wählbaren Alternativen – nichts am Abwärtstrend. Ein Sieg von Rosenkranz steht nicht an – und ist damit auch kein Argument dafür, Fischer zu wählen.

Die Ursachenforschung für den WählerInnenverlust folgt im Wesentlichen zwei Erklärungen. 1) Die SPÖ braucht ein stärkeres soziales Profil und 2) Die SPÖ muss stärker auf das „Ausländerthema“ setzen. Aber: die SPÖ-Politik ist eine Serie von Angriffen auf ArbeitnehmerInnen und Ärmere. Hundstorfer ändert daran gar nichts, er steht genau für diesen Kurs. Und: Die SPÖ bemüht sich, die FPÖ bei Law&Order und Anti-AusländerInnen einzuholen. Aber: wer die FPÖ wegen ihres Rassismus wählt – warum sollte der/die Hänschen wählen, solange es H.C.Hans gibt? In der Steiermark hat die KPÖ erfolgreich bei den Regionalwahlen eine linke Alternative zur FPÖ angeboten – das Beispiel ignoriert die SPÖ. Aber nicht nur dieses: Auch die „SPÖ-Linke“ wird – wieder mal – nur einen Kurswechsel einfordern. Doch auffällig ist, dass viele von jenen bekannten ExponentInnen, die in sozialen Fragen etwas mehr „links“ blinken, einen schärferen Kurs gegen MigrantInnen fordern. Bzw. dass jene, die für einen offener neoliberalen Kurs stehen, sich deutlicher von rechts-abgrenzen. Beides wird nichts bringen, weil soziale Krise Rassismus schürt und nur beides gemeinsam gelöst werden kann.

Aber es gibt auch tatsächlich einige echte Linke in der SPÖ. Sie zeichnen sich durch aktives Handeln aus und sind heute Teil von Protesten und aktivem Widerstand gegen SPÖ-Politik – oder sie sind nicht. Die Wahlniederlagen der SPÖ werden sie damit nicht aufhalten. Aber sie können mithelfen, eine Generation zu politisieren. Jugendliche lernen, dass mensch sich gegen Ungerechtigkeit wehren kann. ArbeiterInnen, dass Betriebe nicht widerstandslos dicht machen müssen. Das wird keinen Kurswechsel bei der SPÖ bringen. Sondern – auch wenn die SPÖ-Linke das gar nicht will – den Grundstein für eine neue sozialistische Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche legen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Was hinter der Missbrauchswelle in Kirchenorganisationen steckt

Hierarchie schafft Missbrauch

Die Berichte über sexuellen Missbrauch von Kindern im Rahmen der katholischen Kirche sind nur die Spitze des Eisberges von vielschichtiger Gewalt gegen Minderjährige.

Sonja Grusch, SLP-Wien

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche – psychische, physische und sexuelle – ist kein neues Phänomen. Sexueller Missbrauch ist nur eine Form, bei der es meist nicht um Sexualität an sich, sondern um Macht geht. Heute ist bewusst, dass das „nicht in Ordnung“ ist und es kann leichter in der Öffentlichkeit berichtet und diskutiert werden. Heute werden die Opfer weniger stigmatisiert, so dass zumindest Manche über ihr Leiden berichten.

Missbrauch: Produkt hierarchischer Strukturen

Die Berichte über die (sexuelle) Gewalt haben eine Gemeinsamkeit. Sie finden in hierarchischen Strukturen statt, wo für Gleichberechtigung, Demokratie und eine Stärkung der Persönlichkeit der Minderjährigen kein Platz ist. In Religionsgemeinschaften, die eine Unterwerfung unter Gott und seine Vertreter fordert. In Sportvereinen, wo TrainerInnen oft absolute Macht haben. In Internaten und Jugendheimen, wo Jugendliche „zurechtgebogen“ werden. Dort geht es darum, den Willen zu brechen, Menschen zu unterwerfen, sie anzupassen. Die Kirchen sind durch ihre diktatorischen Strukturen, gekoppelt mit einer sexualitätsfeindlichen Ideologie und einem

Bild von Frauen, das diesen eine minderwertige Rolle zuweist, eine Brutstätte für derartige Übergriffe. Weil sie außerdem Sonderrechte hat und sich der „weltlichen Macht“ entzieht, bietet sie den TäterInnen einen sicheren Hafen.

Auch in Einrichtungen der „Fürsorge“, wo Kinder und Jugendliche aus Familien mit enormen Problemen landen und häufig Menschen arbeiten, die eigentlich helfen wollen gibt es solche Tendenzen. Geld- und Personalmangel führt dazu, dass auf die individuellen Bedürfnisse zu wenig eingegangen wird. Dann ist es für den reibungslosen Ablauf notwendig, dass die Kinder und Jugendlichen „brav“ sind. Um das zu erreichen ist Repression ein nur scheinbar wirksamer und langfristig der falsche Weg.

Missbrauchsort Familie

80-90 % aller sexuellen Missbräuche finden in der Familie statt – und zwar quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Denn die bürgerliche Kleinfamilie (Vater, Mutter, Kind/er) ist eine hierarchische Struktur. Nicht zufällig spricht man von der Familie als Keimzelle des Staates. Nach oben buckeln, nach unten treten – das soll von klein an gelernt werden. Klassische Rollenbilder sollen früh klarmachen, wie es in der großen Welt draußen aussieht. Auch wenn dieses Bild in vielen Familien nicht mehr in Reinform existiert, sind die zentralen Elemente doch meist noch vorhanden.

Lösung braucht Geld

Die moralische Empörung der Politik ist groß – die angekündigten Budgetkürzungen werden die Situation bisheriger und künftiger Opfer aber verschlimmern. Es braucht Geld, um auf die Probleme von Kindern aus „Problem“familien einzugehen. Nur wenn es ausreichend LehrerInnen und Kindergartenpersonal gibt, können Warnsignale wahrgenommen werden. Opfer brauchen kostenlosen Zugang zu Therapiemöglichkeiten – die Kirchen sollen dafür maßgeblich zur Kasse gebeten werden. Das öffentliche Bildungswesen



muss massiv verbessert werden, um private Einrichtungen – insbesondere solche von hierarchischen Einrichtungen wie der Kirche – zu schließen. Der beste Schutz sind selbstbewusste, psychisch starke Kinder. Die Entwicklung der Mainstream-Erziehung geht aber in die andere Richtung. Benimmregeln, Leistungsfanatismus und Law&Order produzieren die nächste Generation potentieller Opfer, die sich nicht zu wehren trauen.

Die sozialistische Bewegung hat sich

immer wieder damit beschäftigt, wie die Schattenseiten der menschlichen Psyche bekämpft werden können. Hilfe im hier und jetzt ist wichtig. Ein „neuer Mensch“ mit freiwilligen, freien und größeren „familiären“ Strukturen ohne unterdrückende Hierarchien aber ist nur in einer „neuen Gesellschaft“ möglich. In einer Gesellschaft, die andere Prioritäten hat. Wo ohne materielle Not eine wirkliche freie Entfaltung möglich ist. Im Kapitalismus geht das nicht.

Wenn die Proteste zunehmen, schlägt der Staat zu

Nein zur Linzer Stadtwache!

von David Baumgartner, SLP-Linz

Bei den Gemeinderatswahlen im Herbst 09 erlitt die Linzer SP eine schwere Niederlage. Als unmittelbare Reaktion schwenkte sie in der Frage der Stadtwache von einem Nein zu einem Ja um. Geplant ist, dass ab Herbst zuerst eine 18-köpfige, später sogar eine 30-köpfige Stadtwache unter Leitung des FPÖ-Stadtrates Detlef Wimmer installiert wird. Wimmer war Sympathisant des neonazistischen Bundes Freier Jugend und wird von Neonazis massiv gelobt. Er war sogar dem Bundesheer so verdächtig, dass es ihm eine Offizierskarriere versagt hat.

Auf allen Ebenen erleben wir derzeit den Versuch einen autoritären Überwachungsstaat durchzusetzen, z.B. durch EU-Richtlinien zur flächendeckenden Bespitzelung der Kommunikationsdaten. Oder durch den sogenannten „Anti-Terror“-Paragrafen 278a, der verwendet wird, um legales politisches Engagement zu kriminalisieren. Das erleben wir bei den derzeitigen Prozessen gegen Tierrechts-AktivistInnen. In Wien wurde die diesjährige Frauendemonstration am 8. März untersagt. Ein Stapobeamter vor Ort meinte, es wäre die neue Linie der Polizei, alles

zu untersagen und dann zu schauen, was sie zulassen. Typisch dafür waren auch Untersagung und Polizeigewalt gegen die Demonstration gegen den Burschenschaftler-Ball in Wien. Die geplante Stadtwache passt ins Bild: Sie fördert die Uniformierung, die Militarisierung des öffentlichen Raumes und ist ein Einschüchterungsinstrument. Während bei Jugend- und Kultureinrichtungen, im Gesundheits- und Sozialbereich gekürzt wird, sind für die Stadtwache 2.000.000.- veranschlagt.

Repression statt Perspektiven

In Aufschwungzeiten setzen die Herrschenden eher auf Sozialarbeit zur Bekämpfung der Kriminalität. Vor dem Hintergrund der Krise steht Repression im Zentrum. Bei Demonstrationen, Besetzungen und Streiks kann es in Zukunft viel häufiger zu brutalen Polizeieinsätzen, Verhaftungen und Strafen kommen.

Nicht die Armut wird bekämpft, sondern die Armen werden ins Visier genommen. Die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen werden missbraucht, um den Unmut auf Sündenböcke zu lenken und die Ge-

sellschaft an permanente Bespitzelung und Repression zu gewöhnen. Die Stadtwache wird sich genau jener Randgruppen „annehmen“, die sozial schlechter gestellt sind: Obdachlose, BettlerInnen, MigrantInnen, Jugendliche.

Die Stadtwache kann verhindert werden!

Bereits über 800 LinzerInnen haben gegen eine Stadtwache und für eine Volksbefragung unterschrieben. Die SLP unterstützt den Widerstand – die Stadtwache kann verhindert werden. Dazu braucht es eine starke politische Kampagne. GewerkschafterInnen aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich müssen aufzeigen, wo das Geld fehlt und besser eingesetzt wäre. Fraueninitiativen können zeigen, dass Gewalt in der Familie ein großes Problem ist und eine Stadtwache nichts löst. Österreichische und migrantische SchülerInnen und Studierende können gemeinsam gegen die Schikanen einer Stadtwache auftreten und Geld für Bildung und kostenlose Kultur- und Sporteinrichtungen einfordern. Eine solche Kampagne umfasst Mobilisierungen, Veranstaltungen und Demonstrationen und kann die Stadtwache verhindern.

Bedeutet die Kampagne „www.fairteilen.at“ mehr als schöne Worte?

400.000 Arbeitslose – Hat der ÖGB Lösungen?

von Margarita Döller und Bertl Hill,
SLP-Wien

Der neue Schwerpunkt des ÖGB beschäftigt sich mit der Verteilung von Reichtum in Krisenzeiten. Es gibt viele Zahlen und es werden Forderungen aufgestellt, die inhaltlich z.T. richtig sind. ABER sie sind ein Rückschritt im Vergleich zu Forderungen der Vergangenheit. Im Interview erklärt ÖGB-Präsident Foglar: „Kurzarbeit und Aussetzverträge sind Arbeitszeitverkürzung. Auch zum Teil erzwungene Teilzeitarbeit ist ein solches Arbeitszeitverkürzungsmodell.“

Entsorgt der ÖGB die 35 Stundenwoche?

Das ist ein Abgehen von der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Diese neuen Modelle sind „Lösungen“ auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Oft ist Kurzarbeit auch nur der letzte Schritt vor den Kündigungswellen.

Die Kampagne zeigt richtig auf, wie

zur Ausweitung der Verteilungsunterschiede die Bevölkerung gespalten wird: in beschäftigt und arbeitslos, in weiblich gegen männlich, in krank gegen gesund sowie jung und alt. Allerdings fehlt ein entscheidender Bereich: In- und AusländerInnen. Erst wenn der ÖGB migrantische KollegInnen offensiv organisiert und vertritt, kann eine sinnvolle Umverteilungsdebatte erfolgreich sein. Hier herrscht enormer Nachholbedarf beim ÖGB und seinen FunktionärInnen.

Die ÖGB-Führung versucht den Eindruck zu vermitteln, dass sie der Krise nicht untätig zusieht. Wie diese Forderungen erreicht werden sollen, wird aber nicht erklärt. Der ÖGB fordert das Eintreiben der Unternehmensschulden bei der Sozialversicherung. Aber der ÖGB stellt die Obleute der Gebietskrankenkassen und könnte die Schulden fällig stellen – man tut es aber nicht. Es werden auch keine Aktionen angekündigt. Kampfmaßnahmen wie Betriebsversammlungen, Streiks oder ähnliches werden nicht einmal erwähnt.

Soziale Lage in Österreich

Eine Million Menschen in Österreich sind armutsgefährdet

73,6 % der Steuereinnahmen kommen aus Lohn- und Mehrwertsteuern

1,4 % der Steuereinnahmen sind vermögensbezogene Abgaben. Eine Anhebung auf den EU-Durchschnitt von 5,4 % würde vier Mrd Euro jährlich bringen

Die Gewinne sind 2002-08 um 44 % gestiegen, Gewinnsteuereinnahmen nur um 21 %

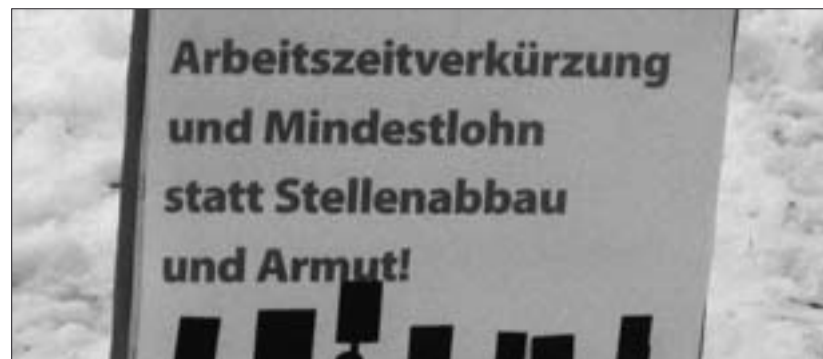
2008 sind 355 Millionen Überstunden geleistet worden. 27 % davon waren nicht oder nicht korrekt bezahlt. Die unbezahlten Stunden entsprechen 60.000 Vollzeitjobs

26 % der Frauen mit Teilzeitjobs würden lieber Vollzeit arbeiten

Österreich landet auf dem vorletzten Platz einer OECD-Studie zu Arbeitslosengeld und Sozialhilfe

Jede/r Beschäftigte ging im zweiten Halbjahr 09 durchschnittlich neun Tage in die Arbeit, obwohl sie/er sich krank fühlte.

Die Zahl der vorgemerkten Lehrstellsuchenden stieg 2008 um 4,4%, die angebotenen offenen Lehrstellen wurden fast 10% weniger



Mit der Zeit gehen! Gewerkschaft kämpft für Arbeitszeitverkürzung

“Das GPA-djp Regionalforum fordert vom ÖGB, die Forderung Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich als zentrale Lösung zur Senkung der Arbeitslosigkeit zu erkämpfen.“ Diesen Antrag stellen SLP-Mitglieder beim GPA-djp Regionalforum in Wien und Salzburg. Im Sinne der KollegInnen, die (noch) einen Job haben bzw. jener die (schon) arbeitslos sind braucht es die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle – also Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Arbeitszeitverkürzung war und ist eine der wichtigsten Forderungen der Gewerkschaftsbewegung. Das wurde auch vom 4. GPA-djp Bundesjugendforum bekräftigt.

Die GPA-djp-Regionalkonferenzen im April 2010 können ein Ansatz sein, Aktivitäten zur Umsetzung der Forderungen von fairteilen.at zu beschließen. Sie sind nur mit Einbeziehung der KollegInnen und Betriebsräten vor Ort umsetzbar. Nur

wenn die Gewerkschaft die volle notwendige Kampfkraft hat, kann sie die zur Durchführung notwendigen Arbeitskämpfe (Demonstrationen und Streiks) führen. Die Hoffnung in und die Anbiederung an die SPÖ sind die falsche Strategie. Die SPÖ arbeitet in den letzten Jahrzehnten in die andere Richtung. Die Sozialpartnerschaft und die enge Verbindung des ÖGB an die SPÖ bremst und lähmt die Arbeit der Gewerkschaft.

Gerade in Krisenzeiten, wo die Verteilungsspielräume kleiner sind, stoßen Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung rasch an die Systemgrenzen des Kapitalismus. Aber sind diese Grenzen das Ende gewerkschaftlichen Denkens? Die Wirtschaft kann nur wirklich kontrolliert werden, wenn sie in der Hand derer ist, die sie kontrollieren sollten: der ArbeiterInnenklasse, und dies sind über 90% der Bevölkerung. Nur dann stehen nicht mehr die Profit-Bedürfnisse einiger weniger Prozent der Bevölkerung im Zentrum, sondern die Bedürfnisse aller.



Das von Siemens vorprogrammiertes Szenario:

Ausgliederung – Jobabbau – Verkauf – Schließung!

von Herbert Wanko, SLP-Wien

Gleichzeitig mit dem Beschluss zur Zerschlagung und Ausgliederung der Siemens Softwarepartie wurde Mitte März angekündigt, 12% der Beschäftigten abzubauen. Dies soll dazu beitragen, Käufer zu finden. Zusätzlich sind Lohnkürzungen nach der Ausgliederung bzw. dem Verkauf vorprogrammiert. Was danach kommt, ist zwar noch nicht beschlossen, die Befürchtung einer generellen Auflösung der Betriebe ist jedoch berechtigt. Schließlich ist das Beispiel von Siemens-Mobile-BenQ gerade mal fünf Jahre her.

Vor Streik?!

In Österreich haben ab 22. März Betriebsversammlungen an verschiedenen Standorten stattgefunden. Das war ein wichtiger Schritt, doch wie geht es weiter. Vom Betriebsrat wurde bereits Anfang März eine Streikfreigabe beantragt. Diese dürfte vom ÖGB wohl auch erfolgen. Damit kann dieser Arbeitskampf eine – in Österreich – seltene Qualität bekommen. Doch schwer nachvollziehbar ist die Ankündigung, die Betriebsversammlungen (und damit jede Mobilisierung) bis 19. April zu unterbrechen. Gerade wenn wieder Gespräche aufgenommen werden, ist die Verhandlungsposition der Beschäftigten besser, wenn sie durch Kampfmaßnahmen unterstützt werden. Schließlich hat das Siemens-Management schon öfters bewiesen, dass man ihm nicht trauen kann. So hieß es z. B. am 3. März noch, dass die Ausgliederung ohne Jobverluste stattfinden wird. Diese Aussage hielt gerade mal 2 Wochen.

Internationaler Widerstand wäre zentral

Um erfolgreich gegen die Zerschlagung zu

kämpfen, ist gerade bei einem Multi wie Siemens eine weltweite Vernetzung und Abstimmung der Aktionen mit allen KollegInnen notwendig. Sie dürfen sich nicht mit fadenscheinigen Zugeständnissen gegeneinander ausspielen lassen, sondern müssen gemeinsam um alle Arbeitsplätze kämpfen. In Deutschland finden an einigen Standorten schon seit Wochen jeden Montag Demonstrationen statt, an denen auch nicht direkt betroffene Siemens-KollegInnen teilnehmen. Daran könnte der Betriebsrat auch in Österreich anknüpfen.

Betriebsversammlung – Streik

Kontinuität im Arbeitskampf ist ein sehr wichtiger Aspekt. Ebenso wichtig ist aber auch, dass den JobvernichterInnen gegenüber Entschlossenheit gezeigt wird. Und, dass die KollegInnen nicht nur reagieren, sondern einen offensiven Arbeitskampf führen. Dafür wäre als nächstes ein Streik das richtige Zeichen, auch wenn der ÖGB nicht zustimmt. Danach müssen weitere Schritte folgen.

Gerade in den letzten Jahren gab es viele Beispiele, wie z.B. auch vor kurzem bei Siemens-Frankreich, welche Entwicklung der Kampf um Arbeitsplätze nehmen kann (Schließlich können die KollegInnen nichts für die Krise und die Managementfehler der letzten Jahre).

Besetzung?

Sollten diese Maßnahmen nicht ausreichen, so kann auch eine Besetzung der Betriebe notwendig werden. Das Weiterführen der Betriebe unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten ist möglich und notwendig, da ja die KollegInnen den Betrieb aufrecht erhalten und auf das Management gut und gerne verzichten können.

Die Rolle der SPÖ als regierende Kraft in Wien

SPÖ als Vorreiterin des Neoliberalismus

von Karin Wottawa, SLP-Wien

Der öffentliche Dienst in Wien beheimatet ein breites berufliches Spektrum. Er umfasst Sozial- und Gesundheitsbereich, Bedienstete im öffentlichen Verkehr sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen, die öffentliche Verwaltung, und sogar die Bestattung. In weiten Bereichen werden, u.a. durch Ausgliederungen, neoliberale Konzepte längst umgesetzt

Die SPÖ beschloss bereits 2007 das Wiener Zuweisungsgesetz, das schnelle Ausgliederungen ermöglicht, die in Folge auch durchgeführt wurden. Sie behauptet: Ausgliederung ist etwas ganz anderes als Privatisierung. Doch: Für die Beschäftigten macht es letztlich wenig Unterschied, ob sie in einem ausgegliederten oder in einem privatisierten Betrieb arbeiten. Bei beidem geht es darum, „wirtschaftlich“ zu agieren – d.h. die budgetären Mittel werden gekürzt. Geprägt ist der öffentliche Dienst außerdem von Dienststellen-Streichungen bzw. Nicht-Nachbesetzung und einer zunehmenden Prekärisierung von Beschäftigungsverhältnissen, privatrechtlichen Dienstverträgen ohne Kündigungsschutz und einer Verringerung der Kontrolle der öffentlichen Hand. Da bekommen dann z.B. Beschäftigte aus dem wissenschaftlichen und kulturellen Bereich nur mehr Kurzzeitverträge und verdienen auf Grund neuer gesetzlicher Regelungen einige hundert Euro weniger.

Fonds Soziales Wien – ein Negativbeispiel

Ehemalige Magistratsabteilungen werden zu Unternehmungen der Stadt Wien, wie der Wiener Stadtwerke Holding oder dem Fonds Soziales Wien (FSW).

Im FSW zeigen sich die Nachteile der Ausgliederung in ihrer vollen Härte. Betroffen sind weite Bereiche der Sozialverwaltung sowie der Pflege und der Behindertenbetreuung. Für die

Beschäftigten aber auch für jene, die Leistungen in Anspruch nehmen hat das negative Folgen: geringere Tagsätze in Behinderteneinrichtungen und privatrechtliche Verträge für neue MitarbeiterInnen. Zudem wurden „moderne Managementmethoden“ die zu mehr Arbeitshetze und ständigem Erfolgsdruck führen, etabliert.

Gerade im Sozial- und Gesundheitsbereich wird die Gemeinde Wien – d.h. die SPÖ – zur Pionierin beim Angriff auf Rechte und Schutzbestimmungen für Beschäftigte! Es ist nicht verwunderlich, dass gerade dort Beschäftigte Burn-out gefährdet sind (im Gesundheitsbereich ca. 30% der MitarbeiterInnen, bis zu 4% sind sogar leistungsunfähig).

Von 4.-7. Mai sind Wahlen der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten. Und natürlich stellt sich die Frage: Wen wählen? Wir gehen davon aus, dass es die KollegInnen von KIV und GLB sind, die die Rechte der KollegInnen noch am besten gegen die Angriffe der Gemeinde (die nach dem 10.10. kommen werden) vertreten.

Auf die Zeit nach den Wahlen gilt es sich jetzt vorzubereiten. Gerade jetzt - vor den Wahlen - kann die Gemeinde als Arbeitgeber von den Beschäftigten unter Druck gesetzt werden und können Verbesserungen durchgesetzt werden.

Im Bereich der Kindergärten sind vor dem Hintergrund der Wahlen, der größeren Anzahl von Kindern (und des Personalmangels) und nicht zuletzt großer Proteste bereits Erfolge erzielt worden – neben mehr Vorbereitungs- und Reflexionszeit, zahlt die Stadt Wien erhöhte Einstiegsgehälter und nimmt KleinkindpädagogInnen auf.

Dass kämpfen sich auszahlt beweisen aktuell die ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst in Großbritannien – um ihre Rechte zu verteidigen streikten am 8., 9. und 24. März diesen Jahres bis zu 200.000 Beschäftigte, um die Auszahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitsplätze zu sichern.

Streiks bei Tekel im öffentlichen Dienst bedeuten Wendepunkt

Türkei: ArbeiterInnenbewegung

In der Türkei gibt es ein großes Comeback der Gewerkschafts- und ArbeiterInnenbewegung. Davon hört man bei uns sehr wenig. Von der "Qualitätszeitung" bis zum Privatfernsehen, alle bürgerlichen Medien zeichnen lieber das Bild von der Türkei als rückständige Gesellschaft mit reaktionären ungebildeten Massen. Dieses Bild ist falsch. Tatsächlich könnten viele Kämpfe in der Türkei Vorbild für die österreichische ArbeiterInnenbewegung sein. MigrantInnen aus der Türkei sind heute ein wichtiger Bestandteil der österreichischen ArbeiterInnenklasse. Vor allem TürkInnen und KurdInnen mit linkem Background spielen in manchen Betrieben eine wichtige politische Rolle. Umso bedauerlicher ist es, dass sie in der Gewerkschaftsbewegung komplett unterrepräsentiert sind. In einer neuen linken ArbeiterInnenpartei werden MigrantInnen eine wichtige Rolle spielen. Neben der Erfahrung aus sozialen Bewegungen in Österreich werden die aktuellen Kämpfe in der Türkei ein zentraler Ansatzpunkt sein. Umso wichtiger ist es, aus den Kämpfen in der Türkei zu lernen.

Von Michael Gehmacher, SLP-Wien *

Der Streik der TabakarbeiterInnen des ehemaligen staatlichen Tabakmonopols "TEKEL", ist nur der vorläufige Höhepunkt eines Aufschwungs der sozialen und politischen Kämpfe. Die gewerkschaftliche Tätigkeit nimmt zu. Vor allem in jenen Branchen, die vor dem Einbruch der Wirtschaftskrise stark boomten; etwa bei den Schiffswerften. In der Stadt Tuzla am Marmarameer gab es nach zahlreichen Arbeitsunfällen (2008 waren es 28, 2009 dann 12) Demonstrationen und Streiks gegen die Leiharbeit und die schlechten Arbeitsbedingungen. Mehrmals wurden die Aktionen mit brutaler Polizeigewalt beendet. Der örtliche Gewerkschaftssekretär Cem Dinc landete zweimal im Gefängnis. Aber nicht nur bei den Werften gärt es. Bei einer kleinen Firma in der Computerbranche streikte die Belegschaft von 2008 auf 2009 über ein Jahr. Berühmt wurde auch Emine Arslan, eine Textilarbeiterin der Firma Desa aus Istanbul. Sie versuchte gemeinsam mit der Textilgewerkschaft "Demi Is" die drei großen Textilfabriken von Desa zu organisieren. Desa produziert unter anderem die Damenhandtaschen für Prada (eine Pradatasche kostet ca. das Jahreseinkommen einer türkischen Arbeiterin, welche die Tasche näht). Als Emine Arslan ein Gewerkschaftstreffen organisierte, wurde sie entlassen. Sie demonstrierte ab dann jeden Tag vor dem Fabrikstor, bis sie ihren Prozess gegen die Entlassung vor dem Arbeits- und Sozialgericht gewann.

Häufig gibt es Proteste von den von Privatisierungsfolgen betroffenen Belegschaften. Sie gehen bis zu Streiks und Besetzungen, wie bei der Papierfabrik SEKA in Izmit. Die ArbeiterInnen dort konnten durch die Besetzung ihres Betriebes die Privatisierung und die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze verhindern.

Der 1. Mai 2009 steht inzwischen symbolisch für das Wiedererwachen der türkischen ArbeiterInnenbewegung. 2008 wurde die Demonstration am historischen Taksimplatz in Istanbul noch mit Polizeigewalt unterbunden. 2009 konnten GewerkschafterInnen zum ersten Mal seit 32 Jahren den 1. Mai wieder am Taksimplatz feiern.

Im Herbst 2009 fand ein Streiktag im Öffentlichen Dienst gegen gewerkschaftsfeindliche Gesetze aus Zeiten des letzten Militärputschs 1980 statt - auch das ein wichtiges Signal.

Tekel Streik als Wendepunkt

Nach der Privatisierung bei Tekel versprach Premierminister Erdogan die Weiterbeschäftigung der (defacto staatsangestellten) TekelarbeiterInnen in verschiedenen Teilen des öffentlichen Dienstes. Aber statt das Versprechen einzuhalten, sollten die ArbeiterInnen sich dafür entscheiden, unter den Bedingungen eines neuen Gesetzes "C4" zu arbeiten. "C4" bedeutet Arbeitseinsatz in verschiedenen (meist kommunalen) Betrieben mit rund zwei Drittel des alten



Tekellohns. Und das für nur zehn Monate im Jahr. Die ArbeiterInnen würden fast die Hälfte weniger verdienen und eine Reihe an sozialen Rechten (etwa eine Abfertigung) verlieren. Daraufhin entbrannte ein langer Arbeitskampf, der unter anderem die Errichtung einer großen Zeltstadt für 77 Tage in der Innenstadt von Ankara bedeutete. Die Zeltstadt versorgte täglich tausende Menschen und war bestens organisiert. Beeindruckend war vor allem der Zusammenhalt von KurdInnen, TürkInnen, Tscherkessen, sowie religiösen und nichtreligiösen ArbeiterInnen. Alle Spaltungen der türkischen ArbeiterInnenklasse wurden während des Arbeitskampfes überwunden. Es gab eine enorme politische Weiterentwicklung. Viele ArbeiterInnen waren vor dem Streik AKP-AnhängerInnen. Die Enttäuschung über die AKP und die Gewerkschaften förderte die Suche nach einer linken politischen Alternative. Außerdem nutzten die ArbeiterInnen in den Zelten die Zeit für Debatten, Aussprachen mit linken Gruppen und zum Lesen. Der Kampf geht immer noch weiter. Schon bald könnten die KollegInnen von Tekel Verstärkung von anderen Teilen der ArbeiterInnenklasse erhalten.

Wirtschaftskrise und Privatisierungswahn

Der Kampf der Tekel-Beschäftigten findet vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschaftskrise einerseits und einer intensiven Privatisierungswelle in der Türkei in den letzten Jahren andererseits statt.

Zwischen 1985 und 2008 wurden in der Türkei Staatsunternehmen für rund 30 Milliarden Dollar verkauft. 22 Milliarden Dollar der Privatisierungserlöse stammen aus der Zeit seit 2003, wurden also unter der AKP Regierung durchgeführt, die dazu sagte "Wir machen mit vollem Tempo weiter!". Eines der größten Privatisierungsprojekte der letzten Jahre war Tekel. Bis zum Jahr 2003 war Tekel der staatliche Alkohol- und Tabakmonopolist. Nach der Auflösung von Tekel, wurden Stück für Stück zunächst der Alkohollbereich und später große Teile der Tabakindustrie verkauft (an British American Tobacco). Die 12.000 ArbeiterInnen, die jetzt entlassen werden sollten, sind die letzten Staatsbediensteten von einstmalig 50.000, die bei Tekel beschäftigt waren.

Nächste größere Privatisierungsprojekte der Regierung betreffen die Zuckerindustrie und die Wasserversorgung. Beim 5. "Weltwasserforum" im März 2009 in Istanbul wurden die Grundsteine für die Privatisierung von Quellen, Flüssen, Seen, Staudämmen und der gesamten Wasserversorgung gelegt. Für die Jahre 2010 und 2011 sind 10 Milliarden türkische Lira aus Privatisierungsgewinnen in den Haushaltsplänen der Regierung vorgesehen.



Hinzu kommt die wirtschaftliche Situation. Obwohl die AKP-Regierung im Herbst 2008 noch behauptete, die Türkei werde nicht von der Weltwirtschaftskrise betroffen sein, war sie 2009 eines der am stärksten betroffenen Länder überhaupt. Schon im letzten Quartal 2008 rutschte die Türkei erstmals nach 27 Quartalen positiven Wachstums in den Minusbereich (-6,2 %). Im 1. Quartal 2009 sank das BIP um 14,3 %, so tief wie seit 1945 nicht mehr. Vor allem die Industrieproduktion ist betroffen. Im Januar 2009 lag die Arbeitslosigkeit bei einem Rekordwert von offiziell 15,5 %. Laut DISK (ein linker Gewerkschaftsverband) lag die wirkliche Arbeitslosigkeit jedoch bei 26 %, wobei nur 5% der Arbeitslosen Geld aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Die Regierung rechnet mit weiteren Massenentlassungen und hat Sparmaßnahmen angekündigt, um das 2009 gestiegene Haushaltsdefizit abzubauen.

*Anmerkung: Dieser Abschnitt wurde einem Artikel von Neli Tügel (SAV-Berlin) aus der aktuellen Ausgabe von "sozialismus.info" entnommen

Für eine linke Alternative zu Kemalismus und AKP

Der türkischen ArbeiterInnenklasse fehlt insgesamt eine politische Vertretung - auch das hat der Tekelstreik (erneut) gezeigt. Das bedeutet, dass das Vakuum auf der Linken in kurzer Zeit extrem groß werden wird. Die türkische Linke kämpft mit mehreren Problemen. Es gab auch

in der Geschichte nie eine ArbeiterInnenmassenpartei in der die ArbeiterInnenklasse Erfahrungen sammeln hätte können, wie man sich selbstständig organisiert. Bei uns erfüllte diese Funktion z.B. lange Zeit die Sozialdemokratie. Lange definierte sich ein Teil des Kemalismus als so etwas Ähnliches wie eine soziale ArbeiterInnenpartei. Da aber derartige legale Strömungen immer an der längeren oder kürzeren Leine des Militärs hingen, war die türkische Linke stets in legale und illegale Flügel geteilt. Auch beim letzteren, "radikalen" Flügel existieren einige Besonderheiten. Teile der türkischen Gesellschaft sind stark landwirtschaftlich geprägt. Das führte in den 70ern unter radikaleren Teilen zu einer massiven Unterstützung des Maoismus und der Orientierung an China. Auch durch den Militärputsch 1980 - der lange Zeit die legale Aktion fast unmöglich machte - hat sich diese Tendenz verstärkt. Viele traditionelle KP AnhängerInnen wandten sich maoistischen Guerillabewegungen zu. Die traditionelle radikale Linke zerfiel in unzählige Splittergruppen. Politische Schlussfolgerungen aus der Niederlage gegen das Militär und dem Zusammenbruch des Stalinismus - im Sinne einer genauen Analyse - werden hier bis heute kaum gezogen. So führen nicht weni-

ge den Zusammenbruch des Stalinismus lediglich auf den "Verrat" Gorbatschows zurück. Ein anderer Teil (etwa die ÖDP) orientiert sich an der Europäischen Linken und tritt vorsichtig reformistisch und für eine "vereinte Linke" auf. In der Praxis unterscheiden sich Gruppen wie die ÖDP wenig von den Grünen in Europa. Kaum eine linke Bewegung ist in der Lage, den aufblühenden sozialen Kämpfen eine politische Perspektive zu geben. Im Tekelstreik gab es unzählige Gruppen die mit praktischer (und erwünschter) Hilfe und viel ultralinken Rhetorik vor Ort waren. Viele versuchten, AnhängerInnen zu gewinnen. Vorschläge, wie der Tekelstreik zu einem erfolgreichen Ende gebracht hätte werden können, gab es kaum.

Es wird darauf ankommen aus den neuen sozialen Kämpfen eine linke sozialistische Alternative zur Erdogan Regierung aufzubauen. Die soziale Lage und die Vielzahl an Kämpfen zeigt, dass die Zeit dafür überreif ist. Diese sozialistische Linke sollte in Betrieben, Unis, Arbeitsämtern und Wohngebieten demokratisch von unten nach oben aufgebaut sein. Sie muss tagtägliche Probleme aufgreifen, aber auch die Lehren aus der Geschichte ziehen. Solche Komitees und Gruppen hätten die Aufgabe, den Kampf von unten zu organisieren. Sie bräuchten eine anti-kapitalistische Perspektive und müßten die türkische ArbeiterInnenklasse über nationale bzw. nationalistische Grenzen hin vereinigen.

m Aufbruch...



Worum geht's beim Kampf "AKP-Regierung gegen Militär"?

Mit der Gründung der türkischen Republik wurde der "Kemalismus" (benannt nach dem Staatsgründer Kemal Atatürk) türkische Staatsideologie. Die herrschende Klasse rund um Atatürk verknüpfte gesellschaftliche Reformen, wie die Trennung von Kirche und Staat, die (formale) Gleichberechtigung von Frauen und Männern, und ein allgemeines Schulwesen mit einem aggressiven türkischen Nationalismus und einer Sonderstellung des Militärs als Hüter der "kemalistischen Prinzipien". Dazu gehört ein regelmäßiges Eingreifen des Militärs in das politische Geschehen, ein Leugnen des armenischen Genozids im Ersten Weltkrieg und eine massive Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung. Durch die Enttäuschung vieler KurdInnen über die türkische Linke, fand die bewaffnete kurdische Befreiungsbewegung ab Mitte der 80er Jahre eine Massenunterstützung im kurdischen Teil der Türkei. Permanente militärische Auseinandersetzungen waren die Folge. Um in zugespitzten Situationen die soziale Lage der Bevölkerung verbessern zu können, gehörte zum Kemalismus immer auch ein staatliches Eingreifen in die Wirtschaft. Eine Folge davon war eine Vielzahl staatlicher Konzerne, die wichtige Bastionen der türkischen ArbeiterInnenbewegung darstellen und heute Zug um Zug privatisiert werden.

Nach dem Militärputsch 1980 geriet der Kemalismus in eine politische Krise. Die offiziell zugelassenen Parteien verließen sich auf die Sicherung von Staatsposten durch das Militär. Und sie vertrauten massiv auf die Unterstützung der NATO und der USA als deren Bündnispartner in der Region. Verstärkt durch die Wirtschaftskrise und die hohen Militärausgaben, waren die kemalistischen Parteien unfähig, die sozialen Probleme zu lösen. Dazu wucherte eine unglaubliche Korruption. Die Linke war durch den Militärputsch und die Krise des Stalinismus extrem zurückgeworfen. Es entstand ein Vakuum, das islamische Kräfte für sich nutzen konnten. In den großen Vorstädten entstanden islamische Wohlfahrtszentren und Schulen, die bei der verarmten Bevölkerung immer beliebter wurden. 2003 erreichte die islamisch populistische AKP eine überwältigende absolute Mehrheit. Die kemalistischen Parteien scheiterten an der 10% Hürde. 2007 erreichte sie noch einmal 47%. Die AKP ging aus der 2001 verbotenen isla-

mischen Wohlfahrtspartei hervor. Mit viel Geld und einem starken sozialen Populismus war sie erfolgreich. Warum? Es wäre gänzlich falsch, die Wahlsiege der AKP auf eine Islamisierung der Gesellschaft zu reduzieren. Der Erfolg der AKP beruht stark auf der Ablehnung des alten kemalistischen Systems. Die AKP versprach, mit der Unterdrückung durch Polizei, der Allmacht des Militärs, Repression gegen die KurdInnen, der Armut und der Korruption Schluss zu machen. Unter Druck der Bevölkerung und der EU-Anpassung geht sie immer wieder Schritte in diese Richtung. Sobald sich aber die türkische herrschende Klasse bedroht fühlt, pendelt die AKP wieder zurück.

Die AKP versucht nun Stück für Stück ihre Macht auszubauen, indem sie den Einfluss der alten kemalistischen Eliten in Militär, Verwaltung und Gerichtshöfen zurückdrängt. Zum Teil bedient sie sich dabei für die Türkei typischen polizeistaatlichen Methoden. In dieser Situation kommt es zu verwirrenden Interessenskoalitionen. So hoffen manche türkischen Frauen oder manche Vertreter religiöser Minderheiten, aus Angst vor einem zu großen islamischen Fundamentalismus, auf einen Militärputsch. Die AKP wiederum braucht die Stimmen der KurdInnen und ArbeiterInnen zum Machterhalt. Viele KurdInnen setzten daher pragmatisch auf die AKP, aus Angst vor dem Militär und in der Hoffnung auf mehr Rechte. Tatsächlich pendelt die AKP - um ihre Haut zu retten - immer zwischen verschiedenen Flügeln der herrschenden Klassen hin und her. Die Lockerung des kurdischen Sprachverbots und der Parteienregelung einerseits und das Verbot und die Repression gegen Anhänger der kurdischen DTP andererseits, sind ein typisches Beispiel für diesen politischen Seiltanz. Auch in der Außenpolitik übt man sich manchmal in antiimperialistischen Sprüchen, hält gleichzeitig aber am Bündnis mit den USA/NATO fest.

Doch vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und dem wachsenden Unmut in der Bevölkerung werden diese Seiltänze zunehmend schwieriger. Jetzt hat der Tekelstreik den Verfall des AKP-Systems massiv beschleunigt. Der Tekelstreik hat aber auch deutlich gemacht, dass wenn es gegen die ArbeiterInnen geht, der islamische und der kemalistische Teil der herrschenden Klasse zusammenhalten.

Die Türkei im 20. Jahrhundert

Vor dem Ersten Weltkrieg ist das Gebiet der heutigen Türkei Teil des Osmanischen Reiches. Im Ersten Weltkrieg steht das Osmanische Reich auf Seiten Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens. Schon nach der Jahrhundertwende gibt es die "Jungtürkenbewegung", die für bürgerliche Demokratie und eine türkische Republik kämpfen. Begeistert 1908 kommt es nach einer großen Dürre zu Hungerrevolten. Junge Offiziere organisieren Aufstände gegen die osmanische Herrschaft. Eine bürgerliche Verfassung wird erzwungen und die Jungtürkenbewegung übernimmt defacto die Macht.

Das Ende des Ersten Weltkriegs bedeutet den Zerfall des Osmanischen Reiches. Die imperialistischen Siegermächte versuchen das Riesengebiet politisch und militärisch aufzuteilen.

1919 beginnt unter General Mustafa Kemal (später Atatürk) der türkische Befreiungskrieg

1920 kommt es zum Vertrag von "Sèvres". Das osmanische Territorium wird aufgeteilt, die arabische Halbinsel bis Mosul geht an die imperialistischen Siegermächte Großbritannien und Frankreich. Im Gebiet der heutigen Türkei sieht der Vertrag für Armenien und Kurdistan ein autonomes Gebiet mit Aussicht auf Unabhängigkeit vor. Die Jungtürkenbewegung organisiert militärischen Widerstand. Diese Bewegung ist allerdings nicht homogen. Teile sympathisieren mit der aufstrebenden ArbeiterInnenbewegung und der jungen Sowjetunion. Atatürk hingegen sieht das kapitalistische Frankreich als Vorbild. Griechische Truppen kämpfen wiederum auf der Seite der englischen Besatzungsmacht. Die junge griechische KP führt dagegen eine Kampagne. Unter der - damals noch starken - griechischen Bevölkerung in der heutigen Türkei ist diese Kampagne extrem populär. Das Versprechen des Imperialismus auf ein autonomes kurdisches Gebiet (das von den kurdischen Eliten angenommen wird) ermöglicht der Gruppe rund um Atatürk, im Befreiungskrieg auf türkischen Nationalismus zu setzen. In Wirklichkeit brechen viele KurdInnen mit ihrer herrschenden Klasse und kämpfen als kurdische ArbeiterInnen, SozialistInnen und Linke gegen die imperialistischen Besatzungsmächte mit der türkischen Bevölkerung. Den KurdInnen werden Versprechungen auf nationale Rechte und ein eigenes Gebiet gemacht.

1921: Nach einer Einigung mit dem damals bereits sowjetischen Armenien und Siegen im Süden gegen die imperialistischen Mächte Frankreich, Italien und Großbritannien werden die bis Anatolien vordringenden griechischen Truppen geschlagen.

1922: Die türkische Armee unter Atatürk erobert die hauptsächlich von GriechInnen bewohnte Stadt Smyrna/Izmir. Nun werden KurdInnen und GriechInnen die versprochenen Rechte vorenthalten und die Minderheiten stark unterdrückt.

29. Oktober 1923: Ausrufung der türkischen Republik. Das Rechtssystem wird aus westlichen Ländern übernommen. 1926 ersetzt die lateinische Schrift die arabische. Der Staat wird säkular, 1924 das Kalifat und die islamischen Gerichte abgeschafft, 1926 die Mehrfrauenhe verboten. Es gibt eine formale Gleichstellung von Männern und Frauen. 1934 erhalten Frauen aktives und passives Wahlrecht.

Die Bolschewiki unterstützen viele dieser Entwicklungen - anders als der westliche Impe-

rialismus, der der Region ein Diktat ohne Einbeziehung der Völker verordnen wollte - kritisch. Die Reformen des Kemalismus und die türkische Republik stellen einen klaren Fortschritt gegenüber dem feudalistischen Osmanischen Reich dar. In konsequenter Anwendung der nationalen Frage hoffen sie, dass ohne Einmischung fremder Mächte bald die soziale Frage der jungen Republik dominant wird. Mit der Gründung und Unterstützung der Kommunistischen Partei und in Kooperation mit der jungen Sowjetunion soll sich der linke Flügel in der türkischen Befreiungsbewegung durchsetzen und auch eine sozialistische Revolution gelingen. Das Ausbleiben der Revolution auf internationaler Ebene unterstützt aber die reaktionären Tendenzen.

1925 kommt es zu einem kurdischen Aufstand. Dieser scheitert. Atatürk nutzt die Gunst der Stunde. Ein Staatssicherheitsgesetz wird eingeführt, das viele oppositionelle Strömungen, darunter auch die Kommunistische Partei, verbietet.

1926 wird die "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe gestellt. Nur "echte TürkInnen" bekommen Anstellungen im öffentlichen Dienst.

1934 wird das Gesetz für Familiennamen erlassen, das nur türkische Familien erlaubt (was noch heute bei englischen Fußballern mit türkischer Staatsbürgerschaft für tragikomische Namensgebungen sorgt).

Dem Innenministerium werden Sonderrechte zur Umsiedlung nationaler Minderheiten erlaubt, über kurdische Gebiete wird der Ausnahmezustand verhängt.

1938: Nach dem Tod Atatürks wird der türkische Nationalismus verstärkt.

Im Zweiten Weltkrieg ist die Türkei offiziell neutral. Erst 1945 stellt sie sich auf die Seiten der Alliierten.

1945 werden andere Parteien als die Staatspartei offiziell zugelassen. Die behördliche Kontrolle ist aber streng. Die ArbeiterInnenbewegung wird so in (eher angepasste) legale Parteien und illegale Gruppen gespalten.

1960 werden dem kemalistischen Staat die Parteien zu mächtig, es kommt zu einem (relativ unblutigen) ersten Militärputsch.

In den 60er und 70ern erlebt die ArbeiterInnenbewegung einen straken Aufschwung. 1962 wird die sowjetisch orientierte Arbeiterpartei der Türkei TIP gegründet. 1965 schafft sie den Sprung ins Parlament (trotz 10 % Hürde). 1967 erfolgt die Gründung der DISK (Konföderation Revolutionärer Gewerkschaften), die innerhalb kurzer Zeit große Stärke und Militanz entwickelt. 1969: Gründung von Dev-Genç (Revolutionäre Jugend).

Es kommt zu heftigen sozialen Kämpfen und bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Linken und den faschistischen "Grauen Wölfen".

1980 erfolgt ein brutaler Militärputsch. Offiziell soll das "Blutvergießen zwischen links und rechts" verhindert werden. Tatsächlich geht es der herrschenden Klasse darum, einer revolutionären Bewegung zuvor zu kommen. Die Folge für die Linke ist fatal. Tausende AktivistInnen "verschwinden". Vielen ziehen sich ins Privatleben zurück. Hunderttausende emigrieren.



“Welt retten” oder “Gutmenschen”-Abzocke?

Das weite Tätigkeitsspektrum der NGOs

Wer jung und frei ist, die Matura oder keinen Job hat, hat oft auch den Willen, die Welt zu verbessern. In Afrika Kinder unterrichten, in Südamerika Brunnen bauen oder Ähnliches. Das zeigt, dass sich Menschen solidarisieren, helfen und gegen Missstände kämpfen wollen. Auf der Suche nach passenden Organisationen stellt sich jedoch meistens heraus, dass man selbst nicht nur den Flug an den entsprechenden Ort, sondern auch eine saftige Gebühr zahlen muss, um seine Arbeitskraft überhaupt zur Verfügung stellen zu können.

von Antonia Kreissl, SLP-Wien

Manchmal wird man zuerst zum Fundraising verdammt oder es gibt den versprochenen Job gar nicht. Viele werden schon im Vorfeld von den autoritären Hierarchien der Organisationen, die vorgeben, den Benachteiligten dieser Gesellschaft helfen zu wollen, abgeschreckt. Der Wille, die Welt zu retten bleibt meistens erhalten, die Illusionen in NGOs sind verpufft.

Guter Wille wird zu Cash gemacht

Viele dieser Angebote für Freiwilligenarbeit oder Spendenmitgliedschaft für Entwicklungshilfe stellen sich für junge Menschen als "doppelte Falltür" heraus. Abgesehen von den enormen, nicht sehr gerechtfertigt wirkenden Kosten, machen die meisten NGOs viele Jugendliche glauben, sie könnten damit wirklich helfen. Mit einer Spende oder der eigenen Arbeitskraft kann man den Menschen in Entwicklungsländern bestenfalls punktuelle Unterstützung geben. Die gängige Entwicklungshilfe - die die herrschenden Verhältnisse nicht in Frage stellt - braucht nicht nur Engagement, sondern moderne Technik,

Materialien und Fachleute. Junge Menschen ohne spezielle Ausbildung einzusetzen, dient oft mehr dem Gewissen der Helfenden und den Kassen der Organisationen, als den Hilfebedürftigen selbst.

Wasseraufbereiter sind gut, Antikapitalismus ist besser

Die Probleme global benachteiligter Länder wurzeln in der Jahrzehnte langen Ausbeutung der Länder durch Kolonialismus und Imperialismus. Heute spiegelt sich das in der wirtschaftlichen Abhängigkeit der oft diktatorischen Regimes von den imperialistischen Mächten wieder. Also was hilft die Bildung, die ich einem Kind bringe, wenn es in seinem Heimatland keine Meinungsfreiheit gibt, innerhalb derer es mit Wissenschaft und Bildung etwas anfangen könnte?

Als viele linke Kräfte in Europa durch den Zerfall der Sowjetunion und dem daraus resultierenden Imageschaden sozialistischer Ideen geschwächt waren, schossen NGOs wie Pilze aus dem Boden. Sie stellen aber keine Regierung in Frage und die Armut und Unterdrückung wird auch nicht langfristig bekämpft. Um Hilfsgüter in ein Land zu bringen, müssen sich NGOs oft zwangsweise gut stellen mit den Regimes. Man beschwichtigt die Bevölkerung mit dem Notwendigsten zum Überleben, aber NGOs denken im Rahmen der bestehenden Verhältnisse, stellen das System dahinter nicht in Frage. Vor Ort sind sie ein erster Anlaufpunkt für die Menschen, der sie aber davon abhält, selbst aktiv zu werden und sich zum Beispiel gewerkschaftlich zu organisieren. Und wirken damit real oft stabilisierend auf die herrschenden Verhältnisse anstatt sie zu verändern.

Wien wird vielleicht der einzige SPÖ-Wählerfolg von Faymann in seiner Kanzlerschaft sein (wobei sicher ist das auch nicht). Aber das gilt nicht für die SLP. Im März gab es Aktivitäten in Wr. Neustadt, Gmunden, Klagenfurt, Linz, Salzburg und Wien. Dabei bildeten Aktionen gegen Rosenkranz einen wichtigen Teil. Bei jener in Klosterneuburg anlässlich der FPÖ-Abschlussveranstaltung nahmen übrigens eine Reihe von Neonazis teil - auch ganz ohne ORE. Die Polizei zog es allerdings wieder einmal vor, gegen AntifaschistInnen vorzugehen (v.a. gegen MigrantInnen) anstatt gegen die Rechten. Polizei-repression erlebten SLP-Mitglieder

auch in Wien bei den Anti-Bologna-Protesten. Tausende Studierende protestierten gegen 10 Jahre Wirtschaftsorientierung der Unis. Die SLP war nicht nur bei der Demo, sondern auch beim Gegengipfel mit zwei Arbeitskreisen aktiv dabei.

SLP kandidiert: Rassismus schafft keine Jobs - Geld für Soziales statt für Banken

Die Polizeirepression hat unter einem SPÖ-Kanzler eine neue Dimension erreicht. Ebenso wie die staatliche Hetze gegen MigrantInnen. Eine Alternative gegen Strache & Co. ist die SPÖ daher schon lange nicht mehr. Am 21. März

Äpfel für 2 Euro?

von Sebastian Kugler,
Schulsprecher Wien/Fichtnergasse

Dass Österreichs Schulsystem unter aller Kritik ist, ist kein Geheimnis. Da ist es kein Wunder, dass auch die Buffets an österreichischen Schulen eine Katastrophe sind. Doppelmoral ist Konzept: Im Biologie-Unterricht wird uns vorgeführt, wie ungesund Gummibärli, Twix & Co sind. Beim Buffet gibt es sie und Gleichartiges im Überfluss, und noch dazu viel billiger als gesundes Obst. Auf die Frage, ob sie denn auch Äpfel anbieten würden, bekam Simon, 15, die Antwort: Ähh... ja. Kostet aber zwei Euro."

Gesundes Essen ist meistens ungleich teurer als Schnitzsemmeln oder Muffins. Eine kleine Salatbox mit Semmel kostet etwa drei Euro. Mineralwasser kostet genauso viel wie Softdrinks, also ca. 1 Euro. Kleines Gedankenexperiment: Otto Normalschüler bekommt 40 Euro Taschengeld pro Monat. Er geht fünf Tage pro Woche in die Schule und hat mehrmals Nachmittagsunterricht - isst dort also etwas. Pro Monat würde ihn Salat und Mineralwasser 80 EUR kosten. Das Doppelte seines Taschengeldes. Da das Taschengeld besonders in der Krise nicht astronomisch ist, greifen die SchülerInnen da natürlich eher zum Pizzabaguette um 1 Euro.

Gesundheit krepirt, wo Profit regiert

Warum das alles? Schulbuffets werden meistens privat betrieben. Die Schule vermietet einen Raum, ein Unterneh-

men mietet sich ein und zieht sein eigenes Geschäft auf. Bei dem regiert natürlich der freie Markt: Das Unternehmen muss Profit machen. Die Buffetunternehmen sind oft kleine Betriebe. Deswegen sind sie auf die Hilfe von Großkonzernen wie Coca-Cola angewiesen. Sie schließen Verträge ab die garantieren, dass nur Coca-Cola-Getränke an der Schule verkauft werden. Ich habe also die Wahl zwischen Sprite, Fanta oder Cola. Die Preise erhöhen sich kontinuierlich. Beinahe jeder SchülerIn kann ein Lied davon singen: Am Beginn des Schuljahres ist das Essen ist schon wieder 10 Cent teurer als zuvor.

Ganztagschule = Ganztags hunger?

Ganztagschule ist gut - aber: Besonders in einer Ganztagschule muss es für SchülerInnen die Möglichkeit geben, ohne finanziellen Großaufwand gesund, schmackhaft und warm essen zu können. Das kann nicht funktionieren, wenn die Buffets nach den Spielregeln der kapitalistischen Marktwirtschaft funktionieren. Sie müssten von der öffentlichen Hand finanziert werden und demokratisch geführt werden. SchülerInnen könnten den Essensplan mitbestimmen und auch mit Biologie-Projekten und durch gemeinschaftliches Kochen im Rahmen des Schulbetriebs mitwirken. Ohne fundamentale Veränderungen im Bildungssystem kann das jedoch nicht geschehen. Massive Investitionen in Bildung und Soziales sind nötig!



Wien, Wien, nur du allein?

hielt die SLP daher im Wiener Amerlinghaus (das ebenfalls von der Kürzungspolitik der Wiener SPÖ betroffen ist) eine linke Konferenz zu den Wiener Wahlen ab. Wir haben unsere Vorstellungen zu "Sozialistischer Kommunalpolitik in Zeiten der Krise" präsentiert und diskutiert, wie der Kampf gegen Strache aussehen kann. Die SLP hat ihren Slogan für die Wahl "Rassismus schafft keine Jobs - Geld für Soziales statt für Banken" präsentiert und auch anderen linken Gruppen, die Kandidaturen anstreben eine Plattform zur Präsentation geboten. Ein wichtiges Ziel ist es - da es leider keine breite linke Kandidatur gibt - zu verhindern, dass ver-

schiedene linke Kandidaturen neben bzw. gegeneinander stattfinden. Die SLP versucht hier Absprachen - v.a. auch mit der KPÖ - zu treffen.

Die Wiener Wahlen werden kein Duell Häupl gegen Strache sein. Es wird vielmehr darum gehen, den Widerstand zu unterstützen. Widerstand gegen die Angriffe der Bundes- und Landesregierungen auf Familien, ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache. Und Widerstand gegen den offenen Rassismus von Strache und den - besser getarnten - der SPÖ. Die SLP wird beides verbinden und hier in den nächsten Monaten eine Reihe von Aktivitäten organisieren.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen

Jeden Montag um 18.00

"Amerlinghaus" - Raum 3
7.; Stiftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 18.30

"Pizzeria La Piazza"
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

"Zypresse"
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe "Das Schwarze Schaf"
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
"Abo" nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES
INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag).

Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben.
PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland



Neues aus dem CWI

Linke Kandidatur

Sri Lanka: Die USP (United Socialist Party) kündigte an, dass sie bei den Parlamentswahlen im April in zehn Wahlkreisen antreten werde. Bereits im Jänner stellte die USP bei den Präsidentschaftswahlen einen Gegenkandidaten, Siritunga Jayasuriya, gegen den amtierenden Präsidenten Rajapakse und dessen früheren General und jetzigen Gegner Fonseka. Beide waren für das Massaker an den TamilInnen verantwortlich. Die USP ist die einzige Partei in Sri Lanka, die die Interessen der ArbeiterInnen vertritt und sich für Minderheitenrechte einsetzt.

Willkürlich verhaftet?

Kasachstan: Am 7. März wurden in Taraz, im Süden Kasachstans drei Mitglieder von Socialist Resistance Kazachstan bei einem Rockkonzert von der Polizei verhaftet und zusammengeschlagen. Danach wurden die drei auf der Polizeistation stundenlang verhört. Nach ihrer Freilassung müssen sie, wegen Missachtung einer polizeilichen Anordnung, nun mit einer Anklage rechnen. Die Polizisten werden für ihre Tat nicht bestraft. Socialist Resistance Kazachstan vermutet, dass die Verhaftungen politische Gründe hatten. Sie stehen mit dem Streik der Öl-ArbeiterInnen bei der Firma "KazMunaiGaz" und deren Tochterunternehmen "OzenMunaiGaz" im Zusammenhang. 10 000 Öl-ArbeiterInnen streiken dort im Kampf gegen niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und für eine Verstaatlichung des Unternehmens. "OzenMunaiGaz" ist seit seiner Privatisierung im Besitz von Timur Kulibaev, dem Sohn des Präsidenten Nursultan Nazarbayev. Der Protest richtet sich also direkt gegen die Regierung. Diese konterte mit einer Informationsblockade. Die Verhaftung der drei Sozialisten nun dient zur Abschreckung von ArbeiterInnen und Jugendlichen, damit diese sich nicht organisieren. Im Zuge der Krise und des Streiks der Öl-ArbeiterInnen wird der Staat repressiver, da die Regierung Kritik verhindern will.

Die Tücken der Reform

USA: Kürzlich wurde die Gesundheitsreform von Obama in den USA verabschiedet. Viele, z.T. auch Linke, sehen darin eine wesentliche Verbesserung. Die Sozialistische Alternative (CWI in den USA) betont hingegen, dass viele Probleme im Gesundheitsbereich bei weitem nicht gelöst sind. Zum Beispiel bleiben auch nach der Umsetzung 23 Millionen Menschen nicht versichert. Notwendig wäre eine Reform, die eine kostenlose und flächendeckende medizinische Betreuung für alle US-AmerikanerInnen sicherstellt.

www.socialistworld.net

von Margarita Döller, SLP-Wien

Die Neuigkeiten aus Griechenland überschlagen sich täglich. Berichtet wird auf der einen Seite über die enormen Staatsschulden, die angeblich notwendigen Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst und die „Hilfspakete“ von EU und IWF (Internationaler Währungsfond). Auf der anderen Seite gibt es riesige Streikbewegungen gegen den geplanten und zum Teil bereits umgesetzten Sozialabbau. Doch auch in Irland, Spanien, Großbritannien und Portugal spielt sich Ähnliches ab. Am bisher stärksten von der Krise betroffen ist jedoch Griechenland.

Soziale Lage schon jetzt katastrophal

Die letzten Jahre waren europaweit gekennzeichnet von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, Privatisierungen, Stellenabbau im großen Stil und Steuerreformen zu Lasten der ArbeiterInnenklasse. Wozu das in Griechenland geführt hat, das sehen wir jetzt: 25% der griechischen Bevölkerung leben von weniger als 700 Euro im Monat (bei durchschnittlichen Mieten von 450 Euro), die Arbeitslosigkeit liegt bei 10,6% (Nov. 2009) und hat einen neuen Höchststand erreicht. In Spanien sind 42% der unter 24 Jährigen arbeitslos. 20% der PortugiesInnen leben unter der Armutsgrenze und 2009 wurden allein in Portugal 108.000 Arbeitsplätze abgebaut. Doch die ArbeitnehmerInnen sollen noch weiter für die Krise bezahlen. 20% der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sollen in Griechenland abgebaut werden, gleichzeitig wird das Pensionsalter um zwei Jahre angehoben. In Irland sollen drei Milliarden Euro im öffentlichen Dienst gestrichen werden. In Britannien gibt es Pläne für den Abbau von 170.000 Stellen allein bei den Stadtverwaltungen. Griechenland hat Pläne für die Kürzung von weiteren 4,8 Milliarden Euro. Das sind katastrophale Aussichten für die ArbeiterInnenklasse und darum formiert sich Widerstand in Europa.

Wo ist das Geld hin?

Viele Menschen in Europa sind zu recht sauer über die Kürzungspolitik „ihrer“ Regierungen. Die ArbeiterInnenklasse soll für die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zahlen, die sie nicht verursacht haben. Für den Sozialstaat ist angeblich kein Geld da. Gleichzeitig gingen Milliarden an die Banken (in Griechenland 28 Milliarden Euro) und



der griechische Staat kann es sich anscheinend auch leisten, dass die Unternehmen acht Milliarden Euro Schulden bei den Pensionsversicherungen haben. Andere europäische Staaten versuchen Griechenland als Ausnahme darzustellen. Aber alle EU-Staaten haben mit Budgetzahlen jongliert. Österreich ist für die „kreative Buchführung“ berüchtigt. Nun schüren die Herrschenden unter dem Motto, „die Südländer haben noch nie etwas von Wirtschaft verstanden und sind alle korrupt“, Rassismus. Sie behaupten, dass „wir ÖsterreicherInnen jetzt für die Unfähigkeit der GriechenInnen bezahlen müssen“. Es gibt aber kein „wir“ von bürgerlichen PolitikerInnen, UnternehmerInnen und der arbeitenden Bevölkerung in Österreich oder Griechenland. „Wir“, das sind die griechischen und österreichischen ArbeiterInnen, die für die Krise zahlen sollen.

Für kämpferische Gewerkschaften!

Die Liste der Streiks in Europa seit Anfang des Jahres 2010 ist lang. Allein in Griechenland waren es drei Generalstreiks im Februar und März. Am 11. März stand Griechenland quasi still, weil 90% aller ArbeitnehmerInnen im öffentlichen und privaten Sektor teilnahmen. 100.000 Menschen de-

monstrierten in Athen gegen die geplanten Kürzungen bei den Pensionen und Gehältern. Die Mobilisierungen heute knüpfen dabei an eine Reihe von erfolgreichen Bewegungen, wie z.B. an den Unibesetzungen 2008, an.

Im Februar streikten die SpanierInnen einen Tag lang, in Portugal fand ein Generalstreik am 4. März statt, an dem 80% der arbeitenden Bevölkerung teilnahmen. Das Verständnis für die Streikmaßnahmen im Rest der Bevölkerung ist groß, sowohl in Griechenland, als auch in Portugal. In beiden Ländern kamen die Kampfmaßnahmen aber erst auf Druck der ArbeiterInnenklasse auf die Gewerkschaftsführung zustande. Der Aufbau von kämpferischen Gewerkschaften, die der Bewegung nicht hinterherhinken, sondern die Führung übernehmen, ist ein zentraler Punkt der Arbeit des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI). Das beste Beispiel dafür ist Britannien. Dort gab es am 8./9. März einen Streik im öffentlichen Dienst, an dem sich 200.000 ArbeitnehmerInnen beteiligten. Die Gewerkschaft PCS spielte dabei eine zentrale Rolle, nicht zuletzt weil Mitglieder unserer Schwesterorganisation (Socialist Party) eine zentrale Rolle in ihr spielen und für ihren kämpferischen Kurs breite Unterstützung erhalten.

Neue ArbeiterInnenpartei notwendig!

Die sozialdemokratischen Parteien haben europaweit einen Verbürgerlichungsprozess durchgemacht. Ob New Labour in GB oder die PASOK in Griechenland. Sie bilden jetzt die Speerspitze bei den Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse. Der Unmut in der Bevölkerung ist groß und das Vakuum auf der Linken auch. Um die Angriffe auf Dauer abwehren zu können braucht es in ganz Europa neue ArbeiterInnenparteien. Es gibt in verschiedenen Ländern unterschiedliche Ansätze dafür (in Deutschland z.B. die Linkspartei). In Griechenland gibt es die Formation SYRIZA, die der erste Schritt in diese Richtung ist. In ihr arbeitet auch unsere Schwesterpartei Xekinima. Gemeinsam mit anderen setzen wir uns für mehr Demokratie, politische Inhalte und eine bessere Basisorganisation ein. Außerdem kämpfen wir für ein sozialistisches Programm innerhalb von SYRIZA, damit sie sich zu einer politischen Kraft entwickeln kann, die in der Lage ist, die Proteste weiterzutragen und ArbeiterInnen und die Jugend für einen Wandel in der Gesellschaft zu organisieren.

Führt die Krise zum Zerfall der Euro-Zone?

Gemeinsame Währung spaltet Europa!

von Franz Neuhold, SLP-Wien

Deutschland gegen Griechenland: das ist Brutalität! Der Kampf um Finanzhilfen für das derzeit größte Sorgenkind hat das Potential, die EU zu spalten. Die Regierung Deutschlands geifert gegen eine EU-koordinierte Finanzhilfe und bringt sogar die Frage nach einem Euro-Ausschluss auf. Sie argumentiert, es würde sonst ein Präzedenzfall geschaffen, der das ganze Projekt in ein Desaster führen würde. Tatsächlich stehen Länder wie Portugal, Spanien und Italien der gigantischen griechischen Verschuldung nicht viel nach. Aber selbst Deutschland hatte in früheren Jahren die damals schärferen Stabilitätspakt-

Kriterien verletzt.

Auch wenn auf den ersten Blick höchstverschuldete Länder die ersten sein dürften, die die Wiedereinführung einer nationalen Währung in Betracht ziehen könnten (oder aus dem Euro ausgeschlossen werden), ist dies noch nicht der wahrscheinlichste Weg. Erstens: Eine eigenständige Abwertungs-politik Griechenlands würde zwar in einigen Bereichen (Tourismus!) kurzfristig greifen, aber längst nicht in allen. Vor allem Industrie und Landwirtschaft sind nicht mehrheitlich exportorientiert, sondern von der Inlandsnachfrage dominiert. Beschleunigen würde sich auch die Kapitalflucht und Steuerhinterziehung der Reichen, was bereits jetzt

einen gewichtigen Anteil an der katastrophalen Lage hat. Zweitens: Die großen imperialistischen Staaten der EU, allen voran Deutschland, bereiten gegenwärtig vielleicht schon ihren eigenen Euro-Ausstieg vor. Als Ersatz könnte eine Neuauflage eines Wechselkursmechanismus auf Basis der D-Mark für einen elitären Kreis ausgewählter Länder winken. Die Entfaltung eines solchen Prozesses wird natürlich auch von der weltweiten Konjunkturentwicklung beeinflusst werden.

Der Euro soll(te) dem Kapitalismus der EU-Staaten Wettbewerbsvorteile bringen. Doch im Angesicht der Wirtschaftskrise zeigen sich die Unzulänglichkeiten nationalstaatlicher Politik im

Kapitalismus. Wir haben stets betont, dass der Euro die Widersprüche tendenziell vergrößert und daher eher ein Projekt mit Ablaufdatum ist. Der Mangel an einer tatsächlichen politischen Einheit kann in diesem System nicht überwunden werden. Die gegenwärtige Krise kann beweisen, dass die kapitalistische und damit in Zeiten der Krise vollständig nationalstaatlich ausgerichtete Politik nicht in der Lage ist, Europa zu einigen und Wohlstand für alle zu schaffen. Die Alternative heisst für uns aber nicht ein „Zurück“ zu Schilling und DM-Mark, bzw. zu Nationalstaat und Nationalismus. Wir wollen ein anderes, ein sozialistisches Europa der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 188

April 2010

Rassismus
schafft keine Jobs!
Geld für Soziales
statt für Banken!



Massensteuern und Sozialkürzungen? Lasst die Reichen zahlen!

"Noch nie zuvor hat es eine derart große Kurskorrektur in der Budgetgestaltung gegeben. ... Wir werden bis Herbst gemeinsam ein Gesetzespaket vorbereiten, das so groß ist im Geldumfang und in der politischen Bedeutung wie selten zuvor." (Finanzminister Pröll)

von Laura Rafetseder,
SLP-Wien

Im März wurde die Forbes-Liste der Reichsten der Welt veröffentlicht: In der Krise ist die Zahl der MilliardärInnen gestiegen. Österreichs Dollar-MilliardärInnen besitzen zusammen über zwölf Milliarden Dollar! Dem gegenüber stagnieren bzw. sinken die Reallöhne und Gehälter der Bevölkerung. EinE KellnerIn verdient durchschnittlich 11.470 EUR brutto im Jahr, einE VerkäuferIn 15.730 EUR. Aber "Führungskräfte" in Wirtschaft und Politik steigen selten mit weniger als 100.000 EUR pro Jahr aus, einE VorstandsvorsitzendeR kriegt für ein paar Sitzungen pro Jahr mehr als 200.000 EUR. Ihre Leistung: die Arbeitslosigkeit steht bei über 400.000 (8,7%). Klar ist: die Reichen gewinnen aus der Krise, die Armen verlieren. Dazu kommt nun der größte Angriff auf den Sozialstaat in der Zweiten Republik – und auch der trifft die Ärmsten am härtesten.

"Es darf kein Tabu geben!"

Josef Pröll

Zehn Milliarden wurden im Budget 2009 für "Finanzmarktstabilität" ausgegeben. Nun will die Regierung bis 2013 sechs Milliarden Euro kürzen. 2011

sollen rund zwei Milliarden "eingespart" werden, und etwa nochmal soviel durch Steuererhöhungen - v.a. durch Massensteuern - hereinkommen. Geplante Kürzungen: 500 Millionen Euro im Sozialbereich, 235 Millionen bei Familien, 160 Millionen bei der Bildung, 103 Millionen bei Infrastruktur und Verkehr. Und hier geht es nur um das Jahr 2011. Angedachte Sparvorhaben, die bis jetzt bekannt wurden, sind eine Nulllohnrunde bei den LehrerInnen, der Fall der Hacklerregelung bei den Pensionen, die Anhebung des Frühpensionsalters bei den ÖBB, Einsparungen bei den Biennalsprüngen bei den BeamtenInnen, die Streichung der 13. Familienbeihilfe. Die großen Brocken werden von den Ministerien erst bekannt gegeben. Im Bereich Gesundheit, Bildung und Soziales wird einiges auf uns zukommen. Besonders betroffen sein werden Länder und Kommunen - hier wird der Druck nach unten weitergegeben. Gerade viele Sozialleistungen sind Ländersache - und damit akut gefährdet.

Ökosteuern sind Betrug!

Zusätzlich soll nun durch eine "Ökosteuer" Geld hereinkommen. Dadurch würde jeder Haushalt mit hunderten



Euro pro Jahr belastet werden. Steuern auf Gas, Strom und Benzin treffen, wie auch die Mehrwertsteuer die unteren Einkommen. Wie soll das der Umwelt helfen? Sollen MindestpensionistInnen aufs Heizen verzichten um den CO₂-Ausstoß zu verringern? Das Pickerl "Öko" ist ein Vorwand um Massensteuern zu rechtfertigen. Die 500 Millionen die durch die Bankensteuer hereinkommen sollen, sind lächerlich wenig angesichts der zehn Milliarden Bankenhilfe. Die SPÖ denkt zwar laut über Vermögensbesteuerungsmodelle nach - kann sich aber be-

quemerweise immer auf die ÖVP ausreden, wenn diese nicht zustande kommen.

Die Sparlüge

Die PolitikerInnen tun so, als wäre es ein Naturgesetz, dass "wir sparen müssen". Aber: die Unternehmen haben eine Milliarde Schulden bei den Krankenkassen. Warum werden die nicht eingetrieben bevor über Einsparungen im Gesundheitsbereich nachgedacht wird? Wirtschaftsminister Mitterlehner fordert - angesprochen auf die europaweit besonders hohen Förderungen

für Unternehmen - Kürzungen bei den Familien ein. Wo Geld herkommt und wo investiert wird ist eine politische Entscheidung. SPÖ und ÖVP zeigen mit Bankenpaket und Kürzungsplänen wo sie stehen.

Der ÖGB betont bei jeder Gelegenheit, dass das Bankenpaket "notwendig" war. Eine Verstaatlichung dieser Banken unter demokratischer Kontrolle wäre aber der richtige Weg gewesen! Der ÖGB ist gefordert, Widerstand gegen die Angriffe zu organisieren. Kampfmaßnahmen, also Streiks und Massendemonstrationen, wie z.B. in Griechenland, sind wirklich notwendig.

**Wanted:
Sozialistische Alternative!**

Wie sehr eine linke Alternative in Form einer neuen ArbeiterInnenpartei nötig ist, zeigt sich im Umgang der SPÖ mit dem "Quargelskandal". Verseuchter Käse wurde an Sozialmärkte geliefert, und die einzigen, die sich darüber aufregen, ist die FPÖ. Solange es keine neue ArbeiterInnenpartei gibt, wird die FPÖ weiter von der Sozialabbaupolitik der SPÖ profitieren.

Die angekündigten Kürzungen sind ein tiefer Griff in unsere Taschen. Hier wird es Proteste geben. Entweder von den Gewerkschaften selbst oder durch unabhängige Organisation. Beschäftigte im Gesundheitswesen, Arbeitslose, Studierende und MetallerInnen, PensionistInnen und AlleinerzieherInnen werden sich wehren. Aus diesen Bewegungen kann eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche entstehen. Sie braucht Forderungen nach Verstaatlichung, nach sozialer Gerechtigkeit und gegen die kapitalistische Sachzwanglogik. In diesen Bewegungen wird der Kapitalismus an sich in Frage gestellt und sozialistische Alternativen skizziert werden. Das wird außerdem das beste Mittel sein, um den Aufstieg der extremen Rechten zu beenden.

Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche - d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf ko-

stentlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind

die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at